Anlage 8 zu TOP 18

Aussagen der SPD Fraktion im Rat der Stadt Rheine zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2012 am 27. 03. 2012.

Es gilt das gesprochene Wort.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG)

Artikel 28[Landes- und Gemeindeverfassung – Selbstverwaltung]

(1)

(2)Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

(3)Der Bund gewährleistet, dass die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

sehr geehrte Damen und Herren,

der Wortlaut von Art. 28 GG beschreibt eine Situation, die mit der Struktur der Finanzierung der Kommunen u. E. nicht in Einklang zu bringen ist. Welche Wirkung kann bzw. muss eine Norm des GG entfalten damit Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit übereinstimmen? Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage habe ich eine für mich überzeugende Rede gefunden. Darin heißt es u. a.:

„...Ein Grundgesetz müsste also

-ein solches Gesetz sein, das tiefer liegt als ein anderes gewöhnliches Gesetz; dies zeigt der Name Grund; es müsste aber auch

-um ein Grundgesetz zu sein, eben den Grund der anderen Gesetze bilden, d. h. also, das Grundgesetz müsste in den anderen gewöhnlichen Gesetzen fortzeugend tätig sein, wenn es eben ihren Grund bilden soll. Das Grundgesetz muss also in den anderen Gesetzen fortwirken...“

Über Verfassungswesen, Rede am 16. Apr. 1862 in Berlin, Ferdinand Lassalle

Teilt man die Aussage von Lassalle und überträgt sie in unsere Zeit, dann sind Änderungen in den Gesetzen des Bundes und von NRW zwingend notwendig. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen und damit auch von Rheine sind strukturell nicht auskömmlich.

Es mag zu einer deutlichen Erhöhung des Finanzvolumens des Gemeinde-Finanzierungs-Gesetzes (GFG) kommen. Es könnte auch zu einer zweckgebundenen Zuweisung des Bundes und/oder des Landes zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben der Kommune i. V. m. einer „freien“ Selbstverwaltungssumme kommen oder zu einer noch anderen Regelung. Erforderlich ist auf jeden Fall eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen damit Art. 28 GG in der Selbstverwaltung fortwirkt und auch gelebte Verfassungswirklichkeit ist.

Hinweisen muss man dabei auch auf die eingeleiteten Schritte in den letzten zwei Jahren.

Ausgangssituation:

Es gab Reduzierungen des Finanzvolumens für das GFG. Durch die CDU/FDP-Landesregierung wurde z. B. der Steueranteile aus der Grunderwerbssteuer gestrichen. Die SPD/Bündnis90 Die Grünen-Landesregierung hat unmittelbar nach Amtsantritt für 2010 eine Nachbesserung im GFG vorgenommen. Das GFG 2011 musste der verfassungsgerichtlichen Pflicht entsprechen und eine Anpassung an die tatsächlichen Lebensverhältnisse in den Kommunen vornehmen. Auf der Grundlage eines Gutachtens führte dies zu erheblichen Veränderungen bei den Anteilen für die einzelnen Kommunen. Rheine hat deswegen wie viele andere Kommunen im Münsterland geringere GFG-Mittel erhalten als erwartet und benötigt.

Für das Jahr 2012 wurden von Innen- und Kommunalminister Jäger Vorabzahlungen angeordnet. Der von der Opposition im Landtag abgelehnte Haushalt 2012 hat dadurch zunächst keine negativen Auswirkungen für die Kommunen. Damit wird die Bereitschaft der SPD/Bündnis 90 Die Grünen-Landesregierung zur Unterstützung der Kommunen erneut unterstrichen.

Berücksichtigt man jedoch, dass die sozialen Strukturen und Probleme in den Ballungsräumen deutlich umfassender sind als bei uns, dann erkennt man zumindest drei Tatsachen:

- 1. Für freiwillige Aufgaben fehlt es den Kommunen an entsprechenden Finanzmitteln.**
- 2. Den meisten Großstädten geht es finanziell noch schlechter als den Städten und Gemeinden im ländlichen Raum.**
- 3. Die Kosten für soziale Aufgaben, insbesondere die durch Gesetz auferlegten Pflichtaufgaben, benötigen nicht selten Finanzmittel in Höhe der Erlöse einer Kommune.**

Damit hier keine Missverständnisse entstehen ein paar Anmerkungen:

- Die Ziele der sozialen Pflichtaufgaben sind in der Regel notwendig, richtig und gerechtfertigt.**

- Die Gesetzgeber haben „leider“ nur versäumt die Ausführungsebenen dieser Gesetze mit entsprechenden Finanzmitteln zur Erfüllung der Aufgaben auszustatten.
- Die Sozialkosten müssten bei der guten wirtschaftlichen Konjunktur in unserem Land deutlich sinken, wenn auch die sozial schwächeren Personengruppen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben würden.

Beispiel:

Kindeswohlgefährdung: In den Medien wurden tragische Todesfälle von Kindern veröffentlicht, die in amtlicher Betreuung waren. Eine Konsequenz daraus war eine gesetzliche Begrenzung der Betreuungspersonen pro Betreuer. Durch die Begrenzung soll eine verantwortungsvolle Fürsorge möglich sein. Dieses Ziel wird wohl niemand anzweifeln. Die Konsequenz daraus sind mehr Betreuungspersonen, auch in den städtischen Ämtern. Bemühungen in den Kommunen Personalkosten zu reduzieren konnten nicht bzw. nicht in voller Höhe erfolgen. Weitere Beispiele ließen sich noch anfügen. Sei es im Aufgabenbereich der U 3-Betreuung, der Ganztagschulorganisation und in naher Zukunft bei der Inklusion. Auch die weitere Gestaltung der Schullandschaft wird noch zukunftsorientierte und Finanzen fordernde Entscheidungen verlangen. Auch der demografische Wandel mit zu erwartender zunehmender Altersarmut wird finanzwirksame Beschlüsse verlangen. Wegen geringer Entlohnung und deshalb geringe Einzahlungen in die Sozialkassen werden auf die Kommunen nicht unerhebliche Kosten zukommen. Ursachen dafür sind unbefristete Leiharbeitsverhältnisse, Minijobs usw. Die durch die Kommunen zu tragenden Folgekosten werden häufig nicht oder zu gering berücksichtigt. Die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips ist zu fordern. Der Verursacher von Kosten muss auch die Finanzmittel zu Verfügung stellen, damit Art 28 GG und die schon bestehenden Gesetze mit Konnexitätsprinzip gelebt werden.

Für Rheine, die benachbarten Kommunen von Rheine und die anderen betroffenen Regionen im Bundesgebiet kommen noch weitere Zukunftsaufgaben hinzu. Wie kaum eine andere Stadt ist Rheine von der Bundeswehrstrukturreform betroffen. Zwar scheint die Entwicklung auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne in Gellendorf positiv zu verlaufen, die Areale der General-Wever-Kaserne und der Damloup-Kaserne müssen aber noch entwickelt werden. Diese Aufgaben kann die Stadt nicht allein bewältigen. Nach dem Verursacherprinzip ist auch hier der Bund in die Pflicht zu nehmen. Sollten die Entscheidungen des Verteidigungsministers zur Auflösung des Hubschrauberregiments in Rheine Bentlage bestand haben, dann sind dort viele stationierte Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien unmittelbar betroffen. Die Konversionsproblematik würde für Rheine, den Kreis Steinfurt und das benachbarte Niedersachsen nochmals deutlich verschärft. Ursache dafür ist eine vom

Verteidigungsminister getroffene und von der CDU/FDP-Bundesregierung getragene Entscheidung. Hier kann man nur hoffen, dass die Bemühungen der gesamten Region zum Erhalt des Bundeswehrstandortes Theodor-Blank-Kaserne erfolgreich sein werden.

Anrede

Die Haushaltsprobleme in Rheine sind im Wesentlichen mit den Sozialkosten zu begründen.

Deshalb besteht für unsere Gesellschaft die Pflicht für eine vernünftige Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Finanzierung der Sozialkassen zu sorgen.

Entsprechende Tarifverträge sind unter Wahrung der Tarifautonomie zu fordern. Die Arbeitnehmer können zumindest die Beiträge zu den Sozialversicherungen nur leisten, wenn für gute Arbeit auch faire Löhne gezahlt werden. Neue gesetzliche Regelungen für Leiharbeitsverhältnisse und Mindestlohn sind notwendig.

Art. 28 GG verpflichtet Bund und Land zu einer strukturellen Finanzausstattung der Städte und Gemeinden, die den Kommunen auch sogenannte freiwillige Leistungen ermöglicht. Dies wird immer deutlicher. Die ersten Landesverfassungsgerichte haben dies erkannt. Ein entsprechendes Urteil aus Rheinlandpfalz unterstreicht diese Auffassung.

Gerade die freiwilligen Leistungen sind weiche wirtschaftliche Standortfaktoren und tragen dazu bei, dass eine Stadt lebens- und liebenswert ist.

Wer möchte schon in einer Stadt gänzlich auf kulturelle Angebote verzichten?

Kann man sich eine Stadt ohne Sportförderung und Sportbetrieb vorstellen?

Wie würde jeder einzelne hier im Ratssaal und in unserer Stadt eine Situation beurteilen, in der es keine Schützenvereine, keine Heimatpflege, keine finanzielle Unterstützung von Jugendfreizeiten (Zeltlagern) und keine Förderung des Ehrenamtes gäbe?

Gerade diese freiwilligen Aufgaben erzielen präventive Wirkungen, die insbesondere durch ehrenamtliche Tätigkeiten erreicht werden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, soziale Bindungen und die Bereitschaft sich für das Gemeinwohl einzusetzen werden gerade durch die o. g. Aspekte vermittelt, verinnerlicht und gefestigt.

Anrede

Für die Stadt Rheine kann und darf es aber nicht heißen, dass wir die Hände in den sprichwörtlichen Schoss legen dürfen. Auch wir sind aufgefordert mögliche Aufwandsreduzierungen zu suchen und zu realisieren.

Leider waren die Beiträge aus der öffentlichen Diskussion und Bürgerbeteiligung in der Ignatz-Bubis-Halle nicht immer umsetzbar. Entweder waren die Beiträge zu radikal,

wie Schließung der Museen oder aus vertraglichen Gründen nicht machbar. Hier gilt es zukünftig in anderer Form die Bürgerinnen und Bürger zu noch mehr Beteiligung zu motivieren.

Richtig scheint aber auch die Feststellung zu sein, dass wesentliche Bereiche des Einsparpotenzials bereits verwirklicht wurden, z. B. bei der Personalausstattung der Verwaltung.

Gepprüft werden sollte u. E. ob die Pflegeintervalle bei den städtischen Grünanlagen nicht kostengünstiger gestaltet werden können. Hier schließen wir uns einem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an und sind auf die weiteren Beratungen gespannt. Für die Erarbeitung des im Dezember eingebrachten Haushaltsentwurfs 2012 bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Sie haben wie in den letzten Jahren ein umfassendes und fundiertes Zahlenwerk erarbeitet, auf dem die Kommunalpolitik die Diskussionen führen und Entscheidungen treffen konnte. Wir bitten Sie Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder diesen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu geben, insbesondere natürlich an die Beschäftigten, die die heutige Ratssitzung nicht miterleben können.

Die meisten Entscheidungen in den Fachausschüssen und im Rat werden einvernehmlich getroffen.

Bei abweichenden Beschlüssen waren bzw. sind immer noch deutliche Unterschiede zwischen der Ratsmehrheit aus CDU/FDP und der SPD Fraktion zu erkennen. Die Fraktion AfR schloss sich häufig den Entscheidungen der CDU/FDP Ratsmehrheit an. Dazu einige Beispiele:

- Die Seniorenberatungsstelle wird doppelt vorgehalten. Der Kreis bietet dieses Angebot für die älteren Personen an und der Caritas-Verband ebenfalls. Die Stadt Rheine gewährt also finanzielle Unterstützung für eine Leistung die ebenfalls mit öffentlichen Mitteln bereits vorgehalten wird.
- Beim Projekt soziale Stadt Dorenkamp wünschte sich die SPD eine Einbeziehung der Damloup-Kaserne. Ohne Finanzmittel vom Land oder der Stadt sollte zumindest das Areal in das Konzeptgebiet einbezogen werden. Dadurch sollte der Bund als Eigentümer wie andere Immobilieneigentümer außerhalb des Kasernengeländes in die Pflicht genommen werden.
- Auch die Diskussion und Entscheidungen in Sachen Kloster Bentlage machten Unterschiede in den Auffassungen mehr als deutlich.
- Zu den aus unserer Sicht unsinnigen KW-Vermerken habe ich für die SPD Fraktion gerade im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Stellenplans bereits Ausführungen gemacht.
- Auch die Aufgabenübertragung der Koordination in Fragen des Stadtmarketings an die EWG wurde gerade bereits thematisiert und es bedarf hier keiner Wiederholung der Argumente.

Die unterschiedlichen Voten bei den genannten Entscheidungen, die alle auch finanzielle Auswirkungen hatten und haben, führten in der SPD-Fraktion zu einer intensiven Diskussion. Die Frage, ob wir als Fraktion dem durch die CDU/FDP veränderten Haushaltsentwurf zustimmen können war nicht einfach zu beantworten.

Es wurde in der SPD Fraktion auch kurz darüber diskutiert, ob die FDP Fraktion noch eigenständig ist. Gemeinsame Fraktionssitzungen und Haushaltsberatungen wären doch schon die Anzeichen für eine Fraktionsgemeinschaft. Schließlich bilden die Abgeordneten des Bundestages aus der CDU und aus der CSU (zwei eigenständige Parteien) eine einzige Fraktion.

Da gibt es gemeinsam getragene Entscheidungen, sehr häufig sogar einstimmig gefasste Entscheidungen, sei es in Vorbesprechungen wie der Strategie- und Finanz-Kommission, in den Fachausschüssen und im Rat.

Hier sei an die einvernehmliche Überarbeitung der Sportförderrichtlinien erinnert. Die Entwicklungen des Innovationsquartiers und der anderen ehemaligen Flächen der Bahn werden nicht nur von der SPD-Fraktion unterstützt.

Die Öffnung des Bahnhofs zur Lindenstraße und die Planungen zur Neugestaltung der Triebwagenhalle sind ebenfalls zu nennen.

Der gerade verabschiedete Brandschutzbedarfsplan ist ein weiteres Beispiel für eine gemeinsam getragene Entscheidung.

Natürlich gehört auch die Emsgalerie zu den von allen unterstützten Vorhaben.

Diesen Abstimmungsergebnissen stehen die anderen gerade aufgeführten Beschlüsse und noch einige weitere gegenüber, die unserer Überzeugung nach für die positive Entwicklung der Stadt nicht richtig sind und teilweise nicht mit dem integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept in Einklang zu bringen sind.

Wir stellen aber auch fest, dass eingebrachte Anträge der SPD-Fraktion zunächst abgelehnt und blockiert werden. Nach einer gewissen Zeit wächst der Handlungsdruck oder die Einsicht auch bei der Ratsmehrheit. Dann werden die Ideen der zunächst abgelehnten Anträge zeitverzögert erneut thematisiert.

So bei dem Verkauf der Immobilien der Berufskollegs an den Schulträger Kreis Steinfurt.

Der Schulentwicklungsplan hätte nach dem Willen der SPD-Fraktion früher in Auftrag gegeben werden sollen.

Wichtige bildungspolitische Weichenstellungen wären dann schon vor der heutigen Haushaltsberatung möglich gewesen.

Auch die Reduzierung der Öffnungszeiten der städtischen Museen war ein zunächst von der CDU/FDP Ratsmehrheit abgelehnter Vorschlag. Orientiert an den Besucherzahlen und Besucherzeiten wären so Einsparpotentiale deutlich früher realisiert worden.

Die fraktionsinterne Diskussion führte schließlich zum Votum für den jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf. Die Abweichungen sind letztlich relativ gering und im Haushalt stecken zu viele positive Projekte und Maßnahmen die auf keinen Fall verzögert oder verhindert werden sollen.